

**19. Eingabenbericht
der Vorsitzenden des WDR-Rundfunkrats
für den Zeitraum März 2016 bis August 2016**

Gliederung

- 1) Überblick**
- 2) Schwerpunkte**
 - a) Kritik am Umgang mit AfD-Gesprächspartnern**
 - b) Kritik an Beiträgen des Energie-Experten Jürgen Döschner**
 - c) Musikauswahl auf WDR 2 und WDR 4**
 - d) Beschwerden zur Sendung „Porträt Hermann Pascha“ in der ‚Lokalzeit Köln‘**
 - e) Fußball-Europameisterschaft 2016**
 - f) Berichterstattung über Terror und Amok**
 - g) Einstellung der Übertragung des Millowitsch Theaters**
 - h) Positives Feedback aus dem Publikum des WDR**

1) Überblick

Im Berichtszeitraum März bis August 2016 erreichten den WDR-Rundfunkrat monatlich zwischen rund 50 und 80 Zuschriften aus dem Publikum des WDR. Damit variierte die Zahl der Eingaben pro Monat deutlich. Auch die Kritik am Programm des WDR war in diesem Zeitraum sehr vielschichtig und bezog sich auf unterschiedliche Beiträge und Formate im Fernsehen wie im Hörfunk. Das zu Beginn des Jahres noch maßgebende Thema der Glaubwürdigkeit des öffentlich-rechtlichen Rundfunks und der vermeintlich tendenziösen Berichterstattung war in den Zuschriften der vergangenen Monaten nicht mehr so stark vertreten. Dafür gaben Sportgroßereignisse wie die Fußball-Europameisterschaft, die weite Teile des Programms bestimmten, Anlass für eine kritische Medienberichterstattung und für Eingaben an den Rundfunkrat. Die Umsetzung der Programmreformen und erneuten Schemaänderungen im Fernsehen und Hörfunk sorgten weiterhin für Resonanz. In regelmäßigen Abständen gab es erneut Kritik an der Musikauswahl auf WDR 2 und WDR 4. Dazu zählten insbesondere die häufigen Wiederholungen von Titeln oder Veränderungen in der Musikfarbe oder bei der Musikauswahl. Insgesamt ist festzustellen, dass über 90 Prozent der Zuschriften an den Rundfunkrat von männlichen Personen stammten.

2) Schwerpunkte

a) Kritik am Umgang mit AfD-Gesprächspartnern

Im ersten Quartal des Jahres schrieben einige Kritiker/innen dem Rundfunkrat, dass der WDR nicht fair mit Gesprächspartnern der AfD umginge. Dies betraf sowohl die Interviewführung in Talkshows wie ‚Maischberger‘ oder ‚hart aber fair‘ als auch ein Interview auf WDR 2. Den Moderator/innen wurde vorgeworfen, dass sie sich nicht neutral gegenüber den Vertretern der AfD verhalten hätten, diese scharf angegangen oder ihnen – im Gegensatz zu Gesprächspartnern anderer Parteien – das Wort abgeschnitten hätten. In einem Fall hat ein Zuschauer eine so genannte Programmbeschwerde nach § 10 Abs. 2 WDR-Gesetz erhoben und den WDR-Rundfunkrat angerufen. Der Beschwerdeführer kritisierte, dass Frau Maischberger in ihrer Talkshow im Januar 2016 „ein Tribunal veranstaltet habe, um die Chancen der AfD im politischen Meinungskampf zu untergraben.“ Damit warf der Kritiker dem WDR einen Verstoß gegen den Programmgrundsatz der journalistischen Fairness vor. In den Beratungen des Rundfunkrats betonte das Gremium, dass alle Gesprächsteilnehmer angemessen zu Wort gekommen seien und es legitim gewesen sei, dass Frau Maischberger eingegriffen habe, wenn Talkgäste nicht auf ihre Fragen geantwortet hätten. Die Diskussionsteilnehmer hätten sich allerdings insgesamt sehr undiszipliniert verhalten. Der Rundfunkrat sah daher keinen Verstoß gegen den genannten Programmgrundsatz. Die Vorsitzende des Rundfunkrats teilte dem Beschwerdeführer das Beratungsergebnis in einem ausführlichen Endbescheid mit. In dem Brief informierte sie ihn auch über den Beratungsverlauf und die Gründe für diese Entscheidung.

b) Kritik an Beiträgen des Energie-Experten Jürgen Döschner

Im Berichtszeitraum erhielt der WDR-Rundfunkrat mehrere Eingaben zu Beiträgen des WDR-Energieexperten Jürgen Döschner auf tagesschau.de und auf WDR 5 unter anderem zur Haltung der Energiekonzerne zum Atomausstieg. Hauptsächlich wurde kritisiert, dass die Beiträge nicht objektiv gewesen seien und es keine klare Trennung zwischen Meinungsäußerungen und Fakten gebe. Zudem gab es auch den Vorwurf der Verbreitung falscher Informationen. Da der WDR-Rundfunkrat keine Programme oder Beiträge unmittelbar gestalten oder für sie sprechen kann, leitete die Rundfunkratsvorsitzende die Zuschriften an den Intendanten des WDR weiter und bat ihn um Stellungnahme. Der WDR hat die Kritiken nach Rücksprache mit den jeweiligen Redaktionen inhaltlich beantwortet. Dabei wurde unter anderem dargelegt, dass die in den Kommentaren genannten Fakten korrekt eingeordnet, nachvollziehbar und belegt gewesen seien. Das Ziel von Kommentaren sei außerdem nicht die einhellige Zustimmung, sondern einen Beitrag zum öffentlichen, pluralistischen Meinungs austausch zu leisten. Bereits in 2015 gab es mehrere kritische Zuschriften zur Berichterstattung über die Braunkohle-Proteste in einem ‚Tagesschau‘-Kommentar von Jürgen Döschner sowie in weiteren Beiträgen des Energieexperten auf WDR 5. Hierbei ging es um die vermeintlich einseitige und verharmlosende Berichterstattung des WDR. (s. Eingabenbericht September 2014 bis August 2015 unter: [Eingabenberichte der Vorsitzenden des Rundfunkrats](#))

c) Musikauswahl auf WDR 2 und WDR 4

Im Berichtszeitraum kritisierten Hörer/innen erneut die Musikauswahl auf WDR 2 und WDR 4. Über zehn Eingaben erhielt der WDR-Rundfunkrat mit Kritik an häufigen Wiederholungen von Titeln auf WDR 2 oder Veränderungen in der Musikfarbe bzw. bei der Musikauswahl auf beiden Wellen. Bei WDR 4 wurde schwerpunktmäßig kritisiert, dass zu wenig Volksmusik bzw. deutsche Musik gespielt würde und sogar in der Moderation vermehrt englisch gesprochen werde. In diesem Zusammenhang wurde dem WDR ein Verlust der deutschen Sprache und somit der deutschen Kultur attestiert. In den Stellungnahmen des WDR an die Hörer/innen, um die die Vorsitzende des Rundfunkrats den Intendanten des WDR gebeten hatte, wurde beschrieben, wie die Musikauswahl und die Musikrotation in den Redaktionen zustande kommt. Zu WDR 4 erläuterte die Hörfunkredaktion den Petenten, dass die Entscheidung, WDR 4 langsam von einem deutschen auf ein internationales Musikprogramm umzustellen, bereits von einigen Jahren getroffen worden sei. Es habe immer weniger Schlagerfans und Anhänger von volkstümlicher Musik gegeben und als beitragsfinanzierter Sender hätte man darauf reagieren müssen, um die Akzeptanz von WDR 4 wieder auf das früher gewohnte hohe Niveau bringen zu können. Die Rundfunkratsvorsitzende berichtete bereits in ih-

rem 17. Eingabenbericht vom 8. September 2015 über kritische Zuschriften an den Rundfunkrat zu dem Rückgang der deutschsprachigen Musik auf WDR 4 und der entsprechenden Beratung im Programmausschuss des Rundfunkrats. In der Programmausschusssitzung am 17. März 2015 hätten die Mitglieder gegenüber den Programmverantwortlichen des Senders herausgestellt, wie wichtig es sei, neben der jüngeren Zielgruppe auch ältere Menschen mit dem Musikprogramm anzusprechen. Dazu trage unter anderem ein ausreichend hoher Anteil deutschsprachiger Musiktitel bei. Von Seiten des Senders sei dies befürwortet worden. (s. Eingabenbericht September 2014 bis August 2015 unter: [Eingabenberichte der Vorsitzenden des Rundfunkrats](#))

d) Beschwerden zur Sendung „Porträt Hermann Pascha“ in der ‚Lokalzeit Köln‘

Der Lokalzeitbeitrag über das Kölner Großbordell Pascha im Januar dieses Jahres sorgte für große Kritik bei den Zuschauern. Insgesamt fünf Programmbeschwerden und sechs weitere Zuschriften erreichten den WDR-Rundfunkrat zu dieser Sendung. Kernpunkt der Kritik war, dass der Beitrag ein Werbefilm für das Bordell gewesen sei und das Thema Prostitution nicht differenziert betrachtet worden sei. Die Programmbeschwerden wurden zunächst gemäß WDR-Gesetz vom Intendanten in einer Stellungnahme ausführlich beantwortet. Trotz kritischer Gesamtbetrachtung der Redaktion wurden die Programmbeschwerden abschlägig beschieden. Die Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Frauen der SPD (ASF) Unterbezirk Köln rief gegen diesen Bescheid den WDR-Rundfunkrat an, der sich in seinen Sitzungen ausführlich mit dieser Programmbeschwerde befasst hat.

Die Beschwerdeführerin kritisierte, dass der Beitrag zu oberflächlich mit dem Thema Prostitution umgehe und jegliche Distanz oder Einordnung vermissen lasse. Er wirke daher wie ein Werbefilm für das Bordell. Darüber hinaus sei der Beitrag menschenverachtend und rassistisch. Der Rundfunkrat und auch zuvor der Programmausschuss haben den Beitrag sehr kritisch beurteilt, da in der Tat eine angemessene journalistische Einordnung oder kritische Hinterfragung des bekannten Kölner Bordells oder des Themas Prostitution insgesamt gefehlt habe. Die fachspezifischen und strukturellen Probleme seien jedoch, wie der WDR selbst berichtete, von der verantwortlichen Redaktion erkannt worden. Der Rundfunkrat erwartet, dass die kritisierten Punkte in Zukunft Berücksichtigung finden und sich somit nicht wiederholen werden.

Mit Blick auf die hohe gesetzliche Hürde eines Verstoßes gegen Programmgrundsätze kam der Rundfunkrat jedoch mehrheitlich zu dem Beschluss, dass in dem kritisierten Beitrag kein Verstoß gegen Programmgrundsätze vorliegt. Die Vorsitzende des Rundfunkrats informierte die Beschwerdeführerin in ihrem Endbescheid zur Programmbeschwerde ausführlich über den Beratungsverlauf und die Gründe, die zu dieser Entscheidung geführt haben.

e) Fußball-Europameisterschaft 2016

Im Zusammenhang mit der Berichterstattung über die Fußball-Europameisterschaft kritisierten mehrere Printmedien die Höhe der Gehälter der ARD- und ZDF-Experten Mehmet Scholl und Oliver Kahn sowie die fehlende Transparenz der beitragsfinanzierten Sender in dieser Hinsicht. Den WDR-Rundfunkrat erreichten daraufhin mehrere Eingaben zu diesem Thema. Die Petenten forderten ebenfalls Transparenz und Aufklärung über die Höhe der Gehälter. Die Vorsitzende des Rundfunkrats berichtete in ihrer Antwort an die Kritiker/innen aus der Rundfunkratssitzung am 30. Juni 2016, in der die Honorare der Fußballer-Experten Thema der Beratung gewesen war. Das Gremium habe in dieser Sitzung mit Blick auf den ARD-Experten Scholl auch die Forderung nach mehr Transparenz gegenüber den Gremien und der Öffentlichkeit diskutiert. Der Intendant des WDR, Tom Buhrow, habe daraufhin auf die Vertraulichkeit von Vertragsinhalten verwiesen. In der Stellungnahme an die Petenten zitierte der WDR den ARD-Sportkoordinator Axel Balkausky, der die Zahlen in den Medien im Zusammenhang mit dem Expertenvertrag von Mehmet Scholl als nicht realistisch bezeichnete.

In der Sitzung der Gremiovorsitzendenkonferenz der ARD (GVK) am 12. und 13. September 2016 in Berlin wurde ebenfalls zu den Honoraren von ARD-Sportexperten und zur Transparenz der Rechte- und Honorarkosten beraten. Die GVK begrüßte es ausdrücklich, dass die Intendantinnen und Intendanten der ARD zwischenzeitlich ein Verfahren beschlossen haben, dass die Information der Aufsichtsgremien bei den entsprechenden Verträgen sicherstellt. Bei weiteren Zuschriften an den WDR-Rundfunkrat zu diesem Thema wird die Vorsitzende die Petenten über dieses Verfahren informieren.

Ein weiterer deutlicher Kritikpunkt in den Medien und infolgedessen in Zuschriften an den Rundfunkrat waren die Flüge von WDR-Mitarbeiter/innen in eigens gecharterten Maschinen zu den Spielen der deutschen

Nationalelf. Hierzu informierte die Rundfunkratsvorsitzende die Petenten aus den Beratungen des Programmausschusses am 1. Juli 2016. In der Sitzung wurde nach den Gründen für die Charterflüge für die hohe Anzahl von 31 Personen gefragt. Der WDR hat dazu erläutert, dass ein Team von dieser Größe notwendig und adäquat sei und diese Transport-Lösung mit Abstand die wirtschaftlichste gewesen sei. Auch fügte die Vorsitzende die Pressemitteilung des WDR an ihre Zwischenbescheide an (s. [ARD und ZDF bei der UEFA EURO 2016](#)). In der Presseinformation sowie der ergänzenden Antwort des WDR an die Petenten wurden die organisatorischen und finanziellen Gründe für die Entscheidung der Charterflüge ausführlich erläutert.

f) Berichterstattung über Terror und Amok

Nach den Anschlägen in Nizza, Würzburg, Ansbach und München im Sommer dieses Jahres erreichten den Rundfunkrat mehrere Zuschriften mit unterschiedlichster Kritik an der Berichterstattung der ARD und des WDR über diese Ereignisse. Dem WDR und der ARD wurden vorgeworfen, nicht auftragsgemäß zu informieren und keinen qualitativen hochwertigen Journalismus zu liefern. Insbesondere über die Berichterstattung in München seien die wenigen Informationen und Spekulation der Terrorismusexperten trotz der unklaren Situation immer wieder wiederholt worden. Für die Sonderberichterstattung im Ersten am Abend des Amoklaufs war jedoch der Bayerische Rundfunk verantwortlich. Dem WDR wurde umgekehrt vorgeworfen, an diesem Abend regulär den ‚Kölner Treff‘ zu senden – statt das Programm entsprechend anzupassen. Der Vorstandsvorsitzende des Mietervereins in Köln schrieb direkt an die Vorsitzende des Rundfunkrats und berichtete von einer Diskussion unter anderem mit WDR-Redakteuren über die Verantwortung der Presse und die starke Orientierung der Medienverantwortlichen an Einschaltquoten. Er kritisierte in diesem Zusammenhang ebenfalls die Berichterstattung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks über die Anschläge in Süddeutschland. Die Rundfunkratsvorsitzende antwortete ihm persönlich und informierte ihn über eine entsprechende Beratung im Programmausschuss des Rundfunkrats.

Wegen der besonderen Bedeutung des Themas hat sich dieser Ausschuss in seiner Sitzung am 7. September 2016 grundsätzlich mit der Berichterstattung über Terror und Amok beschäftigt. Das Gremium fragte sich, ob es nicht neuer Regeln für diese Berichterstattung bedürfe und wie sich der WDR zu diesem Thema positioniere.

In der Beratung ging es beispielhaft auch um die Berichterstattung über den Amoklauf in München. Das Gremium und der WDR waren sich einig, dass die verantwortlichen Redaktionen Meldungen Dritter immer auf ihre Quelle hin überprüfen und einstufen müssen, ob die jeweilige Quelle seriös und glaubwürdig ist. Diese Vorgehensweise sei auch oberste Prämisse bei der Berichterstattung über den Amoklauf gewesen, wie der WDR berichtete. Einige Informationen, die sich im Nachhinein als richtig herausgestellt hätten, seien an diesem Abend beispielsweise nicht gesendet worden, weil sie nicht mehr überprüft werden konnten. Die Berichterstattung im Ersten und auch im WDR habe sich an den für den im Hause geltenden journalistischen Maßstäben und programmlichen Kriterien orientiert und werde dies auch künftig auf dieser Grundlage tun. Oberste Priorität hätten dabei Sorgfalt, überprüfbare Fakten und der Schutz von Persönlichkeitsrechten. Dieser Prämisse hat sich der Programmausschuss angeschlossen.

Im Zusammenhang mit der Veröffentlichung von Täternamen und -bildern bei Amokläufen und Terroranschlägen habe sich der WDR außerdem dazu entschieden, in der Regel nur verpixelte Bilder zu zeigen und Namen nicht vollständig zu nennen, um Nachahmungstaten zu verhindern und Tätern nicht zu „falschem Ruhm“ zu verhelfen. Die Vorsitzende des Programmausschusses, Frau Kammerevert MdEP, betonte die Bedeutung der bestehenden klaren journalistischen Regeln, die jedoch auch immer wieder an der Realität zu prüfen seien.

g) Einstellung der Übertragung des Millowitsch Theaters

Nachdem im August bekannt wurde, dass der WDR seine Zusammenarbeit mit dem Kölner Volkstheater Millowitsch beenden wird und ab 2017 keine Aufführungen des Boulevardtheaters mehr überträgt, wandten sich mehrere Petenten mit deutlicher Kritik an den Rundfunkrat. Diese Entscheidung entspräche nicht dem Bildungs- und Kulturauftrag des WDR, vor allem weil vielen älteren Menschen der Besuch lokaler kultureller Veranstaltungen nicht möglich sei und damit die einzige Möglichkeit genommen werde, noch unverfälschtes Kölsch zu hören. Dies sei ein Verlust des Kulturguts Mundart. Außerdem werde hierdurch die Existenz des Millowitsch-Theaters gefährdet. Die Vorsitzende des Rundfunkrats leitete die Zuschriften mit der Bitte um Stellungnahme an den Intendanten des WDR weiter. In ihren Zwischenbescheiden an die Petenten fügte sie die Presseerklärung des WDR bei, die über das Ende der langjährigen Zusammenarbeit und die Sondersendung ‚Vorhang auf für Millowitsch und Co. – Volkstheater im Fernsehen‘ am 27. November 2016

informiert. In der Pressemitteilung erklärt der Programmbereichsleiter Unterhaltung, Familie und Kinder, Siegmund Grewenig, dass „die vergangenen Jahre gezeigt hätten, dass das Publikum viel stärker an eigens für das Fernsehen hergestellten Sitcoms und Komödien interessiert sei als an Boulevard-Theaterstücken. Das Gemeinschaftserlebnis des Theaters sei nicht mehr ins Fernsehen zu übertragen.“ Stellungnahmen des WDR zu den Eingaben an den Rundfunkrat liegen zum Zeitpunkt der Erstellung dieses Eingabenberichtes noch nicht vor.

Auch die Anfang des Jahres bekannt gegebene Einstellung der Übertragung der Karnevalssitzung im Hänneschen-Theater führte bereits zu Kritik in mehreren Eingaben an den WDR-Rundfunkrat. Die Vorsitzende des Rundfunkrats berichtete dazu in ihrem letzten Eingabenbericht. Auch hier sei die Entscheidung, so die zuständige Fernsehdirektion, nicht nur aus Spargründen, sondern auch aus inhaltlichen Gründen getroffen worden. Das Interesse an der Fernsehübertragung der Puppensitzung sei über die Grenzen des Kölner Einzugsgebietes hinaus in Nordrhein-Westfalen insgesamt nur gering gewesen.

h) Positives Feedback aus dem Publikum des WDR

Im Berichtszeitraum gab es auch positives Feedback aus dem Publikum. Ein Kritiker bedankte sich für die Beachtung seiner recht emotionalen Zuschrift über Gewaltszenen eines ‚Tatorts‘, die zu dieser Sendezeit nicht akzeptabel für Kinder und Jugendliche seien. Er bedankte sich für den freundlichen Meinungs austausch mit der Rundfunkratsvorsitzenden und der Redaktion des WDR, die ausführlich darüber informierte, nach welchen Regeln die ‚Tatort‘-Reihen durch den Jugendschutzbeauftragten des WDR geprüft würden und welche Gründe für die Sendung solcher Szenen maßgebend gewesen seien. Ein anderer Kritiker hob lobend hervor, dass die Hörfunkredaktion besonders gut reagiert habe, nachdem deutlich geworden sei, dass ein Moderator von 1LIVE nicht im Sinne des Senders berichtet habe, indem er sich diskriminierend über Frauen geäußert habe. In der Antwort der Redaktion wurde dem Petenten mitgeteilt, dass seine Zuschrift auch innerhalb des Redaktionsteams für große Kritik gesorgt habe, weshalb nicht nur mit dem betroffenen Kollegen direkt gesprochen worden sei, sondern das gesamte Moderatorenteam seitens des stellvertretenden Programmchefs von 1LIVE für diese Thematik sensibilisiert worden sei.

Ruth Hieronymi / 23.09.2016